

14. November 2013

Ansprechpartner

Florian Tholey
Metropolregion Rhein-Neckar
GmbH

Telefon

+49 621 12987-43

Email

florian.tholey@m-r-n.com

Gemeinsam für mehr Fachkräfte im E-Government: Metropolregion Rhein-Neckar und Duale Hochschule Baden-Württemberg kooperieren

- **Vereinbarung bei Regionalkonferenz unterzeichnet**
- **Online-Karte soll Arbeit der Schwerlastbetriebe erleichtern**
- **Land Baden-Württemberg übernimmt Patenschaft für Teilprojekt „Virtuelles Bauamt“**

Bei der Regionalkonferenz „Wirtschaft trifft Verwaltung“ in Worms haben die Metropolregion Rhein-Neckar GmbH und die Duale Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) Mannheim heute eine engere Zusammenarbeit bei der Ausbildung von E-Government-Fachleuten besiegelt. „Angesichts der zunehmenden Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft finden Informations- und Kommunikationstechnologien immer stärker Einzug in die öffentliche Verwaltung“, so Wolf-Rainer Lowack, Geschäftsführer der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH. „Die Kooperation mit der DHBW eröffnet die große Chance, angehende Fachkräfte während ihres Studiums mit den Herausforderungen des E-Government und einer modernen Verwaltung vertraut zu machen.“

Die Kooperation sieht beispielsweise vor, dass im Dualen Studiengang „Öffentliche Wirtschaft“ die Vertiefungsrichtung E-Government eingeführt wird. Ihre Praxisphase können Studierende künftig auch im Arbeitsbereich „Verwaltungsvereinfachung/E-Government“ der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH absolvieren. Gemeinsam will man außerdem auf die Etablierung eines Studiengangs speziell zur Verwaltungsinformatik hinarbeiten.

Regionalkonferenz bietet Plattform für den Austausch

Knapp 200 Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung – darunter auch 40 DHBW-Studierende – waren ins Tagungszentrum „Das Wormser“ gekommen, um sich bei der achten Auflage der Regionalkonferenz über Themen der Verwaltungsmodernisierung zu informieren und aktuelle Entwicklungen zu diskutieren. Eingeladen hatte die Metropolregion Rhein-Neckar GmbH, die gemeinsam mit den

Ländern und dem Bund seit gut drei Jahren das Modellvorhaben „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“ umsetzt. Zu den bisherigen Erfolgen zählen unter anderen die kommunenübergreifende Behördennummer 115, das regionale Internetportal „verwaltungsdurchklick.de“ oder Vereinfachungen bei den Berichtspflichten für Unternehmen. Beim Projektmarktplatz sowie in drei Fachforen konnten sich die Besucher zu diesen und weiteren Teilprojekten des Modellvorhabens informieren und austauschen.

„Der Einsatz von E-Government-Lösungen birgt nicht nur große Einsparpotenziale für einzelne Kommunen. Er eröffnet uns die Chance, Verwaltungsabläufe über Ländergrenzen hinweg zu vereinheitlichen und damit den bürokratischen Aufwand der Unternehmen in der Rhein-Neckar-Region zu verringern“, so Dr. Christine Brockmann, Leiterin des Fachbereichs „E-Government/ Verwaltungsvereinfachung“.

Erleichterungen für den Schwerlastverkehr geplant

Einen wichtigen Schritt weiter gekommen ist die Region beim Thema Großraum- und Schwerlastverkehr. Da sich der Zustand vieler Straßen und Brücken zunehmend verschlechtert, werden immer mehr Streckenabschnitte für Fahrzeuge mit großen Achslasten gesperrt (z.B. Autokrane). Zusätzlich erschweren unterschiedliche Vorschriften die Planungen der Unternehmen (z.B. zu Fahrzeiten). Vor diesem Hintergrund wurde das „Potsdam eGovernment Competence Center“ damit beauftragt, die Genehmigungsverfahren in den drei Landesteilen der Metropolregion Rhein-Neckar zu analysieren und in Zusammenarbeit mit Ländern, Kommunen, Unternehmen, Verbänden und Kammern Verbesserungsvorschläge zu entwickeln. Im Ergebnis wurden Maßnahmen erarbeitet, die konkret die Situation in der Rhein-Neckar-Region verbessern sollen. Hierzu zählt eine Online-Straßennetzkarte, die Auskunft darüber gibt, welchen Strecken in Nordbaden, Südhessen und der Pfalz für den Schwerlastverkehr frei sind, wo es Einschränkungen gibt und welche Straßen nicht befahren werden dürfen. Durch die Informationsbündelung werden die Planungen der Unternehmen, die häufig in der ganzen Region im Einsatz sind, deutlich vereinfacht. Behörden können Genehmigungsbescheide schneller erteilen. In den kommenden Wochen werden Finanzierung und Umset-

zung abschließend geklärt, sodass die Online-Straßenkarte voraussichtlich Ende 2014 zur Verfügung stehen wird.

Neues Teilprojekt „Virtuelles Bauamt“ kann starten

Begonnen werden kann zudem das Teilprojekt „Virtuelles Bauamt“, nachdem das Land Baden-Württemberg die Patenschaft übernommen hatte. „Gerade im Bereich der Baugenehmigungsverfahren kann der Einsatz von E-Government-Anwendungen große Erleichterungen bringen“, so Brockmann. So wird zum Beispiel die Digitalisierung der bislang in Papierform eingereichten Antragsunterlagen durch die elektronische Übermittlung hinfällig. Eine Datenvorprüfung im Zuge der elektronischen Antragstellung kann das häufig auftretende und zeitintensive Problem fehlender Unterlagen erheblich eingrenzen. Liegen die Daten elektronisch vor, können sie zudem parallel bearbeitet und leichter archiviert werden. Unternehmen profitieren in der Folge von schnelleren Genehmigungsprozessen und einer höheren Planungssicherheit. In den nächsten Schritten sollen jetzt die unterschiedlichen Verfahren und rechtlichen Rahmenbedingungen in den drei Landesteilen der Region analysiert werden. Anhand von Pilotprojekten, die derzeit etwa in Berlin und Brandenburg laufen, soll ermittelt werden, wie eine technische Lösung für die Rhein-Neckar-Region aussehen kann.

Zum Arbeitsbereich „Verwaltungsvereinfachung/ E-Government“

Der Arbeitsbereich „Verwaltungsvereinfachung/ E-Government“ der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH setzt sich für eine effizientere Verwaltungspraxis im Dreiländereck Baden-Hessen-Pfalz ein. Wichtiger Baustein ist in diesem Zusammenhang das Modellvorhaben „Kooperatives E-Government in föderalen Strukturen“. Gemeinsam mit dem Bund und den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz soll am Beispiel der Metropolregion Rhein-Neckar aufgezeigt werden, wie Vernetzung und der sinnvolle Einsatz von IT dazu beitragen können, Verwaltungsvorgänge kundenfreundlicher, einfacher, schneller und kostengünstiger zu gestalten. Im Zuge der regionalen Bemühungen, qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland für die Unternehmen der Region zu gewinnen, setzt sich der Arbeitsbereich für den Bürokratieabbau beim Einreiseverfahren ein. Weitere Projekte des Arbeitsbereichs sind u.a. die einheitliche Behördennummer 115 oder das regionale Portal „verwaltungsdurchklick.de“.